

Asien aktuell

Bürgerrechte und Zivilgesellschaft in China: Diskursive Rechtfertigungsstrategien im Schatten parteistaatlicher Hegemonie

Carolin Kautz und Heike Holbig

Summary

Over the past few years the international media has reported on the increasing suppression of civil rights activists in China, with the crackdown severely reducing the space for the formulation of civil rights and civil society positions. Against this background this article examines discursive strategies used by members of the New Citizens' Movement — a civil rights movement that has taken shape since 2010 and that first developed an online presence in 2012 — to justify their claims. Based on an analysis of video interviews with activists conducted since June 2010 and on selected documents of the New Citizens' Movement, it is argued that the various discursive strategies employed over time have posed different degrees of challenge to the Chinese Communist Party's power. Beside references to concepts such as "civil society" and "civil rights," it is particularly the claims of "historic renewal" and "a religious mission" raised by a few activists in the early years of the movement that seem to have provoked the Party's harsh reaction. With discursive spaces now narrowing, the activists appear to have adapted their strategies of justification. Over time they have referred more and more frequently to "constitutionalism" and "the rule of law", topics that were also prominent on the party-state's agenda in 2014 — appearing alongside other references to the official discourse used by the activists, which are becoming more pronounced. This change in strategy still allows some activists to voice their claims; that despite the fact that the discursive space for civil rights positions is continuously narrowing.

Keywords: China, civil rights, civil society, rule of law, New Citizens' Movement

Carolin Kautz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ostasiatischen Seminar der Universität Göttingen.

Heike Holbig ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Area Studies China/Ostasien an der Goethe-Universität Frankfurt/M. und Senior Research Fellow am GIGA Institut für Asien-Studien in Hamburg.

Einleitung

Wie die internationale Medienberichterstattung belegt, haben in den vergangenen Jahren Repressalien gegenüber Bürgerrechtlern in der Volksrepublik China (VR China) in einer Weise zugenommen, die die Artikulation bürgerrechtlicher Positionen zunehmend erschwert (zuletzt etwa Strittmatter 2015). Bei genauerer Recherche im chinesischsprachigen Internet finden sich dennoch bis in die jüngste Gegenwart immer wieder Dokumente und Stellungnahmen mehr oder minder bekannter Aktivist:innen, die auf ein fortgesetztes Engagement hindeuten. Dies lässt sich gut am Beispiel der Neuen Bürgerbewegung (*Xin Gongmin Yundong*) nachvollziehen. Diese wurde im Sommer 2012 von Anwälten, Akademikern und bekannten Aktivist:innen gegründet und tritt für Bürgerrechte und bürgerliches Engagement ein.

Bereits vor ihrer Gründung tauchte erstmals im Sommer 2010 im Internet unter dem Namen „Engagiert auf dem Weg zur Zivilgesellschaft“ (*Nuli zouxiang gongmin shehui*) eine Serie von Interviews mit Bürgerrechtsaktivisten, Wissenschaftlern und Künstlern auf.¹ Bis dato wurden in der von dem Aktivist:in Lao Humiao (Tiger Temple) produzierten Videoserie 44 Personen zum Thema Zivilgesellschaft interviewt. Bei den Interviewten handelt es sich unter anderem um Personen, die in der zwei Jahre später gegründeten Neuen Bürgerbewegung ebenfalls mitwirken. Zwischen der Videoserie „Engagiert auf dem Weg zur Zivilgesellschaft“ und der Neuen Bürgerbewegung gibt es somit sowohl personelle als auch inhaltliche Überschneidungen, da sich beide mit den Themen Zivilgesellschaft und Bürgerrechte befassen. Diese Überschneidungen und die relative zeitliche Nähe zwischen dem Auftauchen der Videoserie und der Gründung der Neuen Bürgerbewegung legen nahe, dass die Videoserie bei der Entstehung der Neuen Bürgerbewegung eine Katalysatorfunktion hatte.

Das Ziel dieses Beitrags ist die qualitative Untersuchung zentraler Inhalte der zivilgesellschaftlichen und bürgerrechtlichen Debatte unter chinesischen Intellektuellen. Für die Inhaltsanalyse werden originalsprachliche Videointerviews ausgewählter Protagonist:innen und Protagonisten sowie Textdokumente der Neuen Bürgerbewegung zugrunde gelegt. Dabei werden verschiedene diskursive Rechtfertigungsstrategien der Aktivist:innen herausgearbeitet und ihre Anpassung im Zeitverlauf aufgezeigt. Dies erlaubt zum einen nachzuvollziehen, worin die Herausforderungen an den Parteistaat bestehen, die von den bürgerrechtlichen Diskursen ausgehen und die die parteistaatlichen Institutionen zu ihren zum Teil massiven Reaktionen gegenüber Bürgerrechtlern und anderen Aktivist:innen veranlasst haben dürften. Zum anderen wird sichtbar, wie die Akteure ihre Strategien im Zeitverlauf verändert

¹ Für das Konzept der Zivilgesellschaft gibt es im Chinesischen verschiedene Übersetzungen, die jeweils andere Konnotationen besitzen, die hier nicht in ihrer Vielfalt diskutiert werden können. Der im Kontext der Neuen Bürgerbewegung durchgängig verwendete Begriff ist *gongmin shehui*, der damit zugleich das Konzept des „Bürgers“ (*gongmin*) und der diesem zugeschriebenen Rechte betont.

haben, um im Kontext schwindender diskursiver Freiräume auch weiterhin eingeschränkt Kritik üben und bürgerrechtliche Positionen formulieren zu können.

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über die sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gegeben, um die analysierten Bürgerrechtsdiskurse einbetten zu können. Dann werden die zur Analyse ausgewählten Dokumente vorgestellt, um im Anschluss die verwendeten Strategien der Aktivisten im Detail darzustellen und den jeweiligen Grad der Herausforderung an den Parteistaat zu erörtern.

Ideologische Neuausrichtung unter Xi Jinping

Seit dem Amtsantritt Xi Jinpings als Partei- und Staatschef im Herbst 2012 lässt sich ein wachsender Trend der ideologischen Neuausrichtung beobachten, durch den bislang bestehende Freiräume für eine zivilgesellschaftliche und bürgerrechtliche Debatte immer mehr beschnitten werden. So erging im April 2013 ein internes Dokument des Propagandaapparats, bekannt als „Dokument Nr. 9“, durch das Begriffe wie „universale Werte“, „Zivilgesellschaft“ oder „Pressefreiheit“ aus der öffentlichen Debatte verbannt wurden (Central Committee of the Communist Party of China 2013). Das folgende Jahr 2014 war geprägt durch einen starken Anstieg der Zahl verhafteter Aktivisten und allein in diesem Jahr 2014 wurden knapp tausend Bürgerrechtler verhaftet (Strittmatter 2015). Den jüngsten Höhepunkt der ideologischen Neuausrichtung bildete eine Anordnung des Erziehungsministeriums an die Adresse chinesischer Hochschulen vom Januar 2015, ihre Lehr- und Forschungsinhalte an eine neue Linie der „vier absoluten Tabus“ (*sige juebu*) anzupassen. Dazu gehören unter anderem das Verbot der Verbreitung „westlicher Werte“ und Lehrmaterialien im Unterricht sowie jeder Art von Angriff auf den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und der Diffamierung des Sozialismus (Guiren 2015).

Trotz dieser Beschneidung diskursiver Freiräume gibt es nach wie vor Hinweise darauf, dass zivilgesellschaftliche und bürgerrechtliche Debatten weiterhin eingeschränkt stattfinden, und auf den Internetseiten internationaler Organisationen und Medien finden sich Verweise auf die Aktivitäten chinesischer Bürgerrechtler, seit 2009/10 speziell auch auf Aktivisten rund um die Bürgerrechtler Xu Zhiyong und Teng Biao, die im Sommer 2012 an der Gründung der Neuen Bürgerbewegung beteiligt waren (siehe zum Beispiel Human Rights in China 2014). Die Informationen bleiben allerdings oft sehr fragmentarisch und vor allem die Inhalte der Debatten werden nur sehr begrenzt wiedergegeben. Um besser zu verstehen, in welchem gesellschaftlichen Kontext die ideologische Neuausrichtung der letzten Jahre steht und auf welche Anliegen, Argumente und Forderungen von Aktivisten sie zumindest zum Teil reagiert, erscheint es daher hilfreich, die verstreuten Hinweise zusammenzutragen und die losen Enden der Debatte zu verknüpfen.

Die Neue Bürgerbewegung: Ausgewählte Akteure und Textdokumente

Wie eingangs dargestellt, liegen zwischen den ersten Interviews der Videoserie „Engagiert auf dem Weg zur Zivilgesellschaft“ im Juni 2010 und der Gründung der Neuen Bürgerbewegung im Sommer 2012 rund zwei Jahre. Drei ihrer Protagonistinnen und Protagonisten, Xu Zhiyong, Teng Biao und Guo Yuhua, wurden für diese Analyse ausgewählt, weil sie sowohl in dieser Bewegung als auch in der Videoserie eine Rolle spielen und zum Teil bis heute für Zivilgesellschaft und Bürgerrechte in China aktiv sind.

Xu Zhiyong ist promovierter Rechtswissenschaftler und Mitbegründer der Neuen Bürgerbewegung. Als Rechtsanwalt vertrat er unter anderem die Eltern melamingeschädigter Kinder im chinesischen Milchpulverskandal im Jahr 2008 und trat für die Rechte von Kindern von Wanderarbeitern sowie für die Schließung so genannter schwarzer Gefängnisse ein. Xu Zhiyong wurde mehrfach verhaftet, so im Oktober 2010 (offenbar im zeitlichen Kontext der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Menschenrechtsaktivisten und Schriftsteller Liu Xiaobo), und erneut im Juli 2013. Im Januar 2014 wurde er dann wegen kollektiver Störung der öffentlichen Ordnung zu vier Jahren Haft verurteilt, die er derzeit verbüßt (Branigan 2014).

Ein weiterer Protagonist der Neuen Bürgerbewegung ist Teng Biao. Wie auch Xu Zhiyong ist Teng Biao Rechtswissenschaftler und Anwalt. Er arbeitet als Dozent an der Chinesischen Universität für Politikwissenschaft und Recht in Beijing und ist gegenwärtig als Gastwissenschaftler an der Harvard Law School tätig, was möglicherweise ein Hinweis darauf ist, dass er sich von der vordersten Front des Aktivismus zurückgezogen hat. Wie Xu Zhiyong wurde auch Teng Biao mehrfach kurzzeitig verhaftet, wie etwa im Dezember 2010 und im Februar 2012. Seit dieser letzten Verhaftung wurde er jedoch nicht wieder in Gewahrsam genommen, was damit zu tun haben kann, dass er sich anders als Xu Zhiyong nicht mit Aufmerksamkeit erregenden Fällen hervorgetan hat. Trotz seines Aktivismus für die Neue Bürgerbewegung ist Teng Biao deutlich aktiver als Rechtswissenschaftler denn als Anwalt.

Die dritte hier ausgewählte Protagonistin der Neuen Bürgerbewegung ist Guo Yuhua. Guo ist Professorin an der Soziologischen Fakultät der Qinghua-Universität und trat in der Gründungsphase der Neuen Bürgerbewegung zunächst nicht prominent als Aktivistin der Gruppe auf. Zwar gab sie im Jahr 2010 ein Interview für die Videoserie „Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft“, aber ihr prominentes Engagement für die Neue Bürgerbewegung begann erst später mit der Veröffentlichung einiger Dokumente im Zusammenhang mit der Gruppierung.

Bei den Textdokumenten, die dieser Analyse zugrunde liegen, handelt es sich zunächst um die Interviews von Xu, Teng und Guo aus der Videoserie. Außerdem wurden Kerndokumente und Zeugnisse des Aktivismus der Neuen Bürgerbewegung zwischen 2010 und 2015 ausgewählt. Bereits 2010 und damit vor der Gründung der Neuen Bürgerbewegung verfassten Xu Zhiyong, Teng Biao und andere gemeinsam

den „Bürgereid“ (Xu et al. 2010), ein Aufruf bürgerliche Pflichten wahrzunehmen. Dieser „Bürgereid“ lässt sich seit 2012 auch auf der in den USA gehosteten Website der Neuen Bürgerbewegung (www.xgmyd.com) finden und stellt eines der Kerndokumente der Bewegung dar. Ein zweites Kerndokument, „Chinas Neue Bürgerbewegung“ (Xu 2012), wurde im Mai 2012 von Xu Zhiyong verfasst und kann im Nachhinein als Gründungsdokument der Gruppe gelten.

Im Jahr 2014 wurde auf der Website der Neuen Bürgerbewegung ein weiteres Dokument mit dem Titel „Einladung zu bürgerlichem Engagement“ (Neue Bürgerbewegung 2014) veröffentlicht, das inhaltlich große Ähnlichkeit mit dem „Bürgereid“ aufweist. Ebenfalls im Jahr 2014 verfasste eine Gruppe von Anwälten, die in den Prozessen gegen Xu Zhiyong und andere als Verteidiger fungiert hatten, zusammen mit Wissenschaftlern einen Brief an den Nationalen Volkskongress (NVK), in dem sie vor allem für Rechtsstaatlichkeit und Verfassungstreue eintraten.² Dieser wurde auch von Guo Yuhua unterzeichnet. Im Januar 2015 ging Guo so weit, unter ihrem eigenen Namen eine kritische Stellungnahme zu den „vier absoluten Tabus“ (*sige juebu*) zu verfassen (Guo 2015). Mit dieser Stellungnahme setzte sie den Aktivismus für Bürgerrechte und die Freiheit der Wissenschaft fort, der sich bereits in anderen Dokumenten der Neuen Bürgerbewegung ausgedrückt hatte.

Tabelle 1: Chronologie von analysierten Video- und Textdokumenten sowie von relevanten Ereignissen im Umfeld

Zeitpunkt	Untersuchte Text- und Videodokumente	Relevante Ereignisse
Jun. 2010	Interviews mit Xu Zhiyong (Xu 2010) und Guo Yuhua (Guo 2010); „Bürgereid“ (<i>Gongmin Chengnuo</i>) erstmals im Internet veröffentlicht (Xu, Teng et al. 2010)	
Okt. 2010		Verleihung des Friedensnobelpreises an Liu Xiaobo verkündet, Xu Zhiyong verhaftet
Nov. 2010	Interview mit Teng Biao (Teng 2010)	
Dez. 2010		Zeremonie der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo, Teng Biao für drei Tage inhaftiert
Feb. 2011		Teng Biao für neun Wochen inhaftiert

2 Wie im Fall der Zivilgesellschaft gibt es auch für das Konzept des Rechtsstaates verschiedene chinesische Begriffe, die ebenfalls unterschiedlich konnotiert sind. Auch diese Unterschiede können an dieser Stelle nicht eingehend diskutiert werden. In den hier untersuchten Dokumenten wird im Allgemeinen der Begriff *fazhi* verwendet, der vereinfachend mit Rechtsstaat oder Rechtsstaatlichkeit übersetzt wird.

Apr. 2012	„Bürgereid“ taucht auf Website der Neuen Bürgerbewegung auf	
Mai 2012	„Chinas Neue Bürgerbewegung“ (Xu 2012), Gründungsdokument der Neuen Bürgerbewegung	
Apr. 2013		„Zum gegenwärtigen Zustand der ideologischen Sphäre“ (Dokument Nr. 9 des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei)
Jul. 2013		Xu Zhiyong verhaftet
Jan. 2014		Xu Zhiyong zu vier Jahren Haft verurteilt
Mär. 2014	„‘Wahrt die Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit’ – ein offener Brief zu den Fällen der Neuen Bürgerbewegung an all Delegierten des Zwölften Nationalen Volkskongresses“ (Zhang et al. 2014)	
Mai 2014	„Einladung zu bürgerlichem Engagement 2014“ (Neue Bürgerbewegung 2014)	
Okt. 2014		„Kommuniqué zur vierten Plenarsitzung des 18. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas“ (Dokument zum Thema Rechtsstaatlichkeit) (Central Committee of the Communist Party of China 2014)
Jan. 2015	„Bildung als Basis: Ein Jahrhundertprojekt – drei Ratschläge an Erziehungsminister Yuan Guiren“ (Guo 2015)	„Vier absolute Tabus“ des chinesischen Erziehungsministers Yuan Guiren (Guiren 2015)

Zivilgesellschaft, Bürgerrechte und gesellschaftliche Verantwortung

Die Themen Zivilgesellschaft, Bürgerrechte und die Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft lassen sich in allen Interviews und Dokumenten wiederfinden und sind somit durchgängig verwendete Rechtfertigungsstrategien der Aktivisten. Sowohl die Videoserie zur Zivilgesellschaft als auch die Neue Bürgerbewegung tragen den Begriff „Bürger“ (*gongmin*) im Namen, was unterstreicht, wie zentral für die Beteiligten der Bürgerbegriff und die Rolle und Verantwortung des Bürgers in der und für die Gesellschaft ist. Genauso von Bedeutung sind auch die im Konzept

der Zivilgesellschaft mitschwingenden normativen Annahmen eines gleichberechtigten Miteinanders und einer aktiven, verantwortlichen und von staatlichem Einfluss weitgehend freien öffentlichen Sphäre. So sagt beispielsweise Teng Biao, „in viele Dinge muss sich die Regierung nicht einmischen“ (Teng Biao 2010). Auch Guo Yuhua unterstreicht die Bedeutung einer unabhängigen Sphäre für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und betont, dass der Unterschied zwischen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und der angestrebten Zivilgesellschaft der zwischen passiver Hinnahme (*bei*) und aktiver Gestaltung (*zi*) sei (Guo 2010).

In diesem Zusammenhang werden mehrere zentrale Elemente des Bürgerbegriffs immer wieder aufgegriffen. „Ein Bürger sollte aktiv sein, nach Partizipation streben, seine eigenen Rechte kennen und in der Lage sein, diese zu schützen, aber sich gleichzeitig auch um andere bemühen und ihnen helfen“ (Guo 2010). Diese Aussage Guo Yuhuas fasst die verschiedenen wiederkehrenden Elemente des Bürgerbegriffs weitgehend zusammen. Partizipation der Bürger, ihr Zusammenschluss und die gesellschaftliche Selbstregulierung sind Ideen, die immer wieder aufgebracht werden. Im Zentrum steht dabei die gesellschaftliche Verantwortung. Eine zentrale Forderung des „Bürgereides“ ist es, „eine moderne Gesellschaft voranzubringen, die sich durch die Herrschaft des guten Rechts, den Wohlstand der Bürger und den Schutz ihrer Interessen sowie die Herrschaft des Volkes auszeichnet; eine rechtschaffene, menschliche und glückliche Zivilgesellschaft“ (Xu et al. 2010). Diese Gesellschaft soll sich auch dadurch auszeichnen, dass sozial Schwachen und von verschiedenen Formen der Ungerechtigkeit Betroffenen geholfen wird. So solle ein demokratisches, rechtsstaatliches, faires und gerechtes Land aufgebaut werden (Neue Bürgerbewegung 2014). Generell sind diese Forderungen unter anderem nach der Unterstützung von Hilfsbedürftigen sowie nach der Bekämpfung von Korruption Ausdruck eines ausgeprägten bürgerlichen Engagements. Konkret werden aber auch Ratschläge an die Adresse zahlreicher verschiedener Berufsgruppen gegeben, wie man sich im täglichen Leben verhalten sollte, um ein guter Bürger zu sein und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen (Xu et al. 2010, Neue Bürgerbewegung 2014).

Die Rechtfertigungsstrategie gesellschaftlicher Verantwortung bei der Lösung drängender sozialer Probleme scheint aus Sicht des Parteistaats leichter tolerabel zu sein als andere Motive. Gepaart mit der Idee, dass eine unabhängige gesellschaftliche Sphäre entstehen sollte, in der eigeninitiativ und eigenverantwortlich handelnde Bürger kollektiv die Lösung dieser Probleme anstreben, kann die Aufforderung, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, jedoch als eine Herausforderung an den Herrschafts- und Alleinvertretungsanspruch der KPCh gelten. Diesen Herrschafts- und Alleinvertretungsanspruch unterstrich die Kommunistische Partei im April 2013 in einer Mitteilung des Zentralkomitees, bekannt als Dokument Nr. 9, die die akademische und öffentliche Diskussion unter anderem über „Zivilgesellschaft“ explizit tabuisierte (Central Committee of the Communist Party of China 2013).

Spätestens mit Bekanntwerden dieses Dokumentes waren auch die Grenzen des bürgerrechtlichen Diskurses deutlich abgesteckt.

Ein weiteres fundamentales Element des Bürgerbegriffs, das als Rechtfertigungsstrategie für Aktivismus eine große Rolle spielt, sind Bürgerrechte. „Was China gegenwärtig am meisten braucht, sind der Aufbau einer wirklich verfassungsgemäßen Autorität, die vollständige Implementierung der Grundrechte eines jeden Bürgers, das Recht des Volkes, politische Wünsche frei auszudrücken, und die Teilung der Staatsgewalt mit der gesamten Bevölkerung“ (Zhang et al. 2014). Hier klingt nicht nur die Forderung nach Partizipation des Bürgers und nach Verfassungsstaatlichkeit mit, sondern auch diejenige nach der Gewährung grundlegender Bürgerrechte wie der Redefreiheit. Die Verfassung der VR China von 1982 gewährt in Artikel 35 „die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung, des Umzugs und der Demonstration“. Die Berufung auf diese konstitutionell verankerten Rechte dient als Rechtfertigungsstrategie der Aktivisten für ihre Forderungen und für Demonstrationen und Petitionen. Obwohl diese Strategie eines formalen Rückgriffs auf den Wortlaut der Verfassung sinnvoll erscheint, stellt der kontinuierliche Verweis auf diese Rechte eine Herausforderung der faktischen Stellung der Partei über der Verfassung dar. Artikel 51 der Verfassung regelt, dass „Bürger der VR China in Ausübung ihrer Freiheiten und Rechte die Interessen des Staates, der Gesellschaft oder des Kollektivs sowie die rechtmäßigen Freiheiten und Rechte anderer Bürger nicht verletzen dürfen“. In Verbindung mit der in der Präambel der Verfassung festgeschriebenen politischen Führungsrolle der KPCh erhält die Partei so auch formal die Interpretationshoheit darüber, welche Art von Verhalten die Interessen des Staates und der Gesellschaft verletzt und gestattet somit indirekt die Beschränkung bürgerlicher Freiheiten.

Historische Erneuerung und religiöse Mission

Eine Rechtfertigungsstrategie, die vor allem in frühen Dokumenten der Neuen Bürgerbewegung auftaucht, ist der Anspruch einer historischen Erneuerung. So wird „ein neues Zeitalter“ (*yi ge xin de shidai*) ausgerufen (Xu 2010), das durch „neue historische Voraussetzungen, neue Verhaltensweisen und ein neues freies System“ gekennzeichnet sei (Xu 2012) und auf einer „neuen kulturellen Tradition“ (*yi zhong xin de wenhua chuantong*) fußen soll (Xu 2010). Außerdem soll dieses neue System garantieren, dass „unsere Nachfahren nicht mehr in Angst leben, sondern den Schutz grundlegender Menschenrechte und Menschenwürde erfahren“ (Teng 2010).

Mit dem expliziten Bezug e 2(ur)2-5(ab2(ei)3(nbch)8(e V)ezu)indiesesures Zeitalien5()3(al) ulleskc.

timationsansprüchen der Kommunistischen Partei finden lassen. Indem dieses Narrativ historischer Erneuerung von Vertretern der Neuen Bürgerbewegung erhoben wird, stellt diese Strategie eine deutliche Herausforderung an den Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei dar.

Eine noch stärkere Provokation an die Adresse der Partei dürfte eine religiöse Rechtfertigungsstrategie sein, die sich allerdings nur bei Xu Zhiyong finden lässt, der sich zum Christentum bekennt (Yu 2012). So äußert er sich etwa: „Was wir anstreben, sind Ideale, oder um es mit den Worten meiner religiösen Überzeugung zu sagen: ... Wir streben nach der göttlichen Heiligkeit und Vollkommenheit“ (*women zhuiqiu de shi lixiang huozhe shuo wo yong wo ziji de zongjiao xinyang laishuo: ... women xiangwang Shangdi yiban de shengjie he wanmei*) (Xu 2010). Xu geht sogar so weit, persönliche Selbstaufgabe und die Bereitschaft zu fordern, für die gute Sache zu leiden, indem er etwa äußert: „Vielleicht müssen wir leiden. Für das, was wir heute tun, werden wir geschlagen und verlieren unsere Freiheit, aber dies ist unausweichlich.“ (Xu 2010). Dieser unbedingte Wille zur Selbstaufgabe, gepaart mit Xus Bekenntnis zum Christentum, und die Verknüpfung derselben mit seinem politischen Aktivismus zu einer religiösen Mission gehen in Art und Grad der Herausforderung an eine per Definition atheistische kommunistische Partei noch deutlich über den historischen Erneuerungsanspruch hinaus, auch weil hier an eine höhere Autorität appelliert wird, die alle menschlichen Ordnungsvorstellungen überragt. Dieses Motiv und die ausgeprägte Herausforderung an die KPCh sind möglicherweise ein Grund dafür, dass Xu Zhiyong am stärksten von Repressalien betroffen ist, während andere ProtagonistInnen der Neuen Bürgerbewegung wie etwa Guo Yuhua bis dato vergleichsweise unbehelligt geblieben sind.

Verfassung und Rechtsstaatlichkeit

Wie bereits im Zusammenhang mit der Forderung nach Gewährung von Bürgerrechten angedeutet, spielt die Referenz auf Verfassungs- und Rechtsstaatsdiskurse als Rechtfertigungsstrategie der Bürgerrechtsbewegung und ihrer Aktivisten ebenfalls eine große Rolle. So ist auch eine der Haupttugenden eines Bürgers laut dem „Bürgereid“ „die Befolgung von Verfassung und Gesetz sowie der Schutz der korrekten Implementierung derselben“ (Xu et al. 2010). Das Thema Rechtsstaat als Rechtfertigungsstrategie spielt bereits von Beginn an eine Rolle. So wird etwa im „Bürgereid“ angestrebt, „die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft, die Regierungs- und Parteiinstitutionen sowie gesellschaftliche Organisationen umfasst, unermüdlich voranzutreiben, auf den Weg der Rechtsstaatlichkeit zu bringen und der Beschränkung durch das Recht zu unterwerfen“ (Xu et al. 2010).

Dieses Motiv taucht bereits von Anfang an auf, wird aber in späteren Dokumenten der Neuen Bürgerbewegung und ihrer Protagonisten deutlich häufiger aufgegriffen und spielt gerade im Brief an den Nationalen Volkskongress vom März 2014, aber auch in der „Einladung zu bürgerlichem Engagement“ der Neuen Bürgerbewegung

vom Mai desselben Jahres eine bedeutende Rolle. Wiederholt wird auf in der Verfassung verbriefte Rechte verwiesen, wenn beispielsweise die Anwälte und Wissenschaftler in ihrem Brief an den NVK fragen, „seit wann dürfen sich die nominellen Souveräne dieses Landes [d. h. die Bürger] nicht mehr vor den Toren von Regierungsgebäuden versammeln [und protestieren]? Seit wann ist das in der Verfassung verbriefte Recht chinesischer Bürger, an staatliche Institutionen Vorschläge zu richten und Kritik zu üben, ein Grund für ihre strafrechtliche Belangung?“ (Zhang et al. 2014). Diese Fragen aus dem Brief an den Nationalen Volkskongress beziehen sich explizit auf die Prozesse gegen Xu Zhiyong und andere Aktivisten der Neuen Bürgerbewegung, aber es geht deutlich daraus hervor, dass die Implementierung der Verfassung und verfassungsgemäßer Rechte zugleich auch eine weitergehende rechtfertigende Bedeutung hat. „Die demokratische und friedliche Transformation Chinas mit einer verfassungsgemäßen Regierung muss vorangebracht werden“ (Zhang et al. 2014), denn „um die großen Probleme zu lösen, die China gegenwärtig umtreiben, darf man sich nicht auf zentralisierte Macht verlassen, sondern muss auf den Rechtsstaat setzen.“ (Zhang et al. 2014). „Wir müssen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit des Staates voranbringen“ (Neue Bürgerbewegung 2014), so die Protagonisten der Neuen Bürgerbewegung, und es sei von größter Relevanz „die Implementierung der in der Verfassung festgeschriebenen grundlegenden Menschenrechte sicherzustellen“ (Zhang et al. 2014).

Gleichzeitig mit der im Zeitverlauf deutlich zunehmenden Bedeutung der Themen Verfassung und Rechtsstaatlichkeit gewinnen auch die Verweise auf den offiziellen Parteistaatsdiskurs an Relevanz. Auch diese Referenzen lassen sich vereinzelt in allen betrachteten Dokumenten finden, aber sie werden im Laufe der Zeit zahlreicher. So finden sich Anspielungen auf die parteistaatliche Antikorruptionskampagne oder auf Xi Jinpings „Chinesischen Traum“ (Zhang et al. 2014). Besonders ausgeprägt sind solche Verweise in Guo Yuhuas Streitschrift „Bildung als Basis: Ein Jahrhundertprojekt – drei Ratschläge an Erziehungsminister Yuan Guiren“. In diesem Dokument greift sie unter anderem das Verbot „westlicher Werte“ (*Xifang jiazhi*) aus den „vier absoluten Tabus“ auf und fragt, inwieweit diese „westlichen“ Werte sich von den von der Partei propagierten „Sozialistischen Kernwerten“ (*Shehuizhuyi hexin jiazhi*) unterscheiden, da die „Sozialistischen Kernwerte“ auch Begriffe wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit enthielten (Guo 2015). Außerdem bezieht sie sich auf das Verbot, den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei anzugreifen und den Sozialismus zu diffamieren, und mahnt den Minister selbst zur Vorsicht. „Ich rate Minister Yuan, sich an Fakten zu halten und wissenschaftliche Urteilsmaßstäbe anzulegen. Bei dem zweiten, dritten und vierten der ‚vier absoluten Tabus‘ handelt es sich um explizite Verbote, was impliziert, dass derartige Phänomene an Universitäten bereits existieren und sie deshalb bekämpft werden müssen. Aber, Minister Yuan, mit diesen Urteilen und Schlussfolgerungen muss man vorsichtig sein. Sozialwissenschaften sind auch Wissenschaften und deshalb muss man Urteile zwingend auf der Basis von Forschung und konkreten

Nachweisen fallen [...], andernfalls sind Ihre ‚absoluten Tabus‘ selbst nichts anderes als ein ‚Angriff‘ und eine ‚Diffamierung‘, was den Verdacht der Illegalität und Verfassungswidrigkeit erregt“ (Guo 2015).

Sowohl der zunehmende Rekurs auf die Themen Verfassung und Rechtsstaatlichkeit als auch die explizite Bezugnahme auf Parteislogans und den parteistaatlichen Diskurs zur Untermauerung der eigenen Argumente verweisen auf einen Strategiewechsel der Aktivisten. Nach zahlreichen Verhaftungen, der Verurteilung Xu Zhiyongs und der allgemein zunehmenden Zensur und Verfolgung von politischem Aktivismus sind die diskursiven Freiräume immer weiter eingeschränkt worden. Offensichtlich positionieren sich die Aktivisten mit ihren Schriften und Dokumenten bewusst zunehmend nahe am parteistaatlichen Diskurs, um den verbleibenden Freiraum auszunutzen. So entspricht etwa die zunehmende Referenz auf Verfassungs- und Rechtsstaatsdiskurse der jüngsten Schwerpunktsetzung der parteistaatlichen Agenda: das Kommuniqué des vierten Plenums des 18. Zentralkomitees der KPCh im Herbst 2014, dessen Inhalte bereits seit Beginn der Jahres in parteitheoretischen und akademischen Kreisen diskutiert worden waren, befasste sich primär mit Rechtsstaatlichkeit in China (Central Committee of the Communist Party of China 2014). Allerdings sind Aussagen wie die von Guo Yuhua in ihrer an Minister Yuan Guiren gerichteten Streitschrift trotz der expliziten Bezugnahme auf den parteistaatlichen Diskurs sowie die Verfassung eine deutliche Provokation an die Adresse des Erziehungsministers im Besonderen, aber auch an die Partei im Allgemeinen. Inwieweit diese Art von Forderung an die Partei, sich an ihre eigenen Standards zu halten, mittelfristig toleriert wird, bleibt abzuwarten, weil auch hierbei die Interpretationshoheit der Partei in Frage gestellt wird.

Fazit und Ausblick

In den Dokumenten der Neuen Bürgerbewegung finden sich sehr diverse Rechtfertigungsstrategien, die unterschiedliche Herausforderungen an den chinesischen Partei-staat darstellen. Die betrachteten Aktivisten vereint das Ziel der Entwicklung einer Zivilgesellschaft mit Bürgerrechten. Den Aufbau einer solchen Zivilgesellschaft verknüpfen sie mit der Notwendigkeit, als Bürger aktiv gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Entsprechende Rechtfertigungsstrategien lassen sich in unterschiedlich ausgeprägter Form in allen hier untersuchten Dokumenten finden. Allerdings stehen diese Motive im Konflikt mit der Deutungshoheit der Kommunistischen Partei, unter anderem in der Frage, wie in der Verfassung verbriefte Rechte gewährt und unter welchen Umständen sie eingeschränkt werden können. Auch die Idee einer Zivilgesellschaft als unabhängige, selbstorganisierte und verantwortliche Sphäre stellt eine Herausforderung dar, weil sie den Alleinvertretungsanspruch der KPCh untergräbt.

Über diese Rechtfertigungsstrategien von Bürgerrechten und des Aufbaus einer Zivilgesellschaft hinaus unterscheiden sich die untersuchten Dokumente und damit

auch die Aktivisten in ihren Motiven und Referenzen aber deutlich. Gerade diese Heterogenität mag ein Grund dafür sein, warum einige Personen eher in den Fokus staatlicher Aufmerksamkeit und unter Druck geraten als andere. Die Rechtfertigungsstrategie historischer Erneuerung und vor allem die deutliche religiöse Komponente in Dokumenten Xu Zhiyongs stellen eine massive Herausforderung an den parteistaatlichen Herrschaftsanspruch dar, weil durch ein religiöses Bekenntnis eine Autorität anerkannt wird, die menschliche Herrschaft und damit auch die der KPCh überragt. Außerdem greift die Strategie historischer Erneuerung eigene revolutionäre Legitimationsansprüche der Kommunistischen Partei auf und stellt damit die Erneuerungsmission der Partei infrage. Diese Motive und die damit einhergehenden Herausforderungen dürften ausschlaggebend für entsprechend starke Reaktionen von Seiten des Staates gewesen sein. Mit der Ausschaltung Xu Zhiyongs findet diese diskursive Strategie früh ihr vorläufiges Ende.

Mit der zunehmenden Einschränkung diskursiver Freiräume im Zeitverlauf rücken jedoch andere Rechtfertigungsstrategien zunehmend in den Vordergrund. Die enge Orientierung an vom Parteistaat festgesetzten Themen und an der offiziellen Ideologie machen Aktivismus und die Teilnahme an Debatten auch weiterhin eingeschränkt möglich. Da die Partei zuletzt selbst das Thema Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben hat, stellt dies ein Motiv dar, durch dessen Verwendung die Aktivisten noch bestehende Freiräume nutzen können, um bürgerrechtliche Positionen zu artikulieren. Allgemein bestätigt dies, dass wer das Risiko von Verhaftungen, Verurteilungen, langjährigen Gefängnisstrafen und anderen Repressalien vermeiden will, die diskursive Hoheit über relevante Debatten dem Parteistaat überlassen muss.

Die neueren Dokumente der Neuen Bürgerbewegung und ihrer Aktivisten legen nahe, dass diese Spielregeln gegenwärtig weitgehend eingehalten werden. So lassen sich auch bis in die jüngste Gegenwart Dokumente von ProtagonistInnen der Neuen Bürgerbewegung wie etwa die Streitschrift von Guo Yuhua finden, die auf fortgesetztes Engagement unter erschwerten Bedingungen hindeuten. Die jeweils eingegangenen Risiken sind allerdings umso schwerer kalkulierbar, als die offiziellen Grenzen des Sagbaren zuletzt in immer schnellerer Folge revidiert wurden. Besonders die jüngst von der Partei forcierte Eliminierung „westlicher Werte“ aus der Debatte schafft erhebliche Unsicherheit bei der Identifizierung solcher Konzepte, die längst in das Selbstverständnis vieler chinesischer Intellektueller und teilweise auch in die parteistaatliche Rhetorik eingegangen sind, wie etwa in den „Sozialistischen Kernwerten“. Dies macht es umso schwieriger, bürgerrechtliche und zivilgesellschaftliche Anliegen als eigenständige Positionen zu formulieren und von der diskursiven Hegemonie des Parteistaats abzugrenzen. Auch wenn Xi Jinping bei seinem Amtsantritt verlautbart hatte, „die Kommunistische Partei muss scharfe Kritik tolerieren“ (Xi 2013; Zhang et al. 2014), so zeigen die jüngsten Entwicklungen doch, dass jede Art von bürgerrechtlichem Diskurs als Kritik am politischen Herrschafts- und Alleinvertretungsanspruch der KPCh ausgelegt werden kann und immer öfter auch wird.

Literatur

- Branigan, Tania (2014): „China jails activist Xu Zhiyong for four year for ‘disturbing public order’“, in: *The Guardian*, 26. Januar, <http://www.theguardian.com/world/2014/jan/26/china-jails-activist-xu-zhiyong> (Aufruf: 2015-04-08)
- Central Committee of the Communist Party of China (2013): *Communiqué on the Current State of the Ideological Sphere: A notice from the Central Committee of the Communist Party of China's General Office*, 22. April, <http://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation> (Aufruf: 2015-02-05)
- (2014): *Communiqué of the Fourth Plenary Session of the 18th Central Committee of the Communist Party of China*, 23. Oktober, http://www.china.org.cn/china/fourth_plenary_session/2014-12/02/content_34208801.htm (Aufruf: 2015-04-01)
- Guo Yuhua (2010): *Nuli zouxiang gongmin shehui: Di 7 ji Guo Yuhua* (Engagiert auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: 7. Folge Guo Yuhua), 15. Juni, <https://www.youtube.com/watch?v=tj3I7TPGV1Y&list=PLD5E370703614EB17&index=7> (Aufruf: 2015-04-07)
- (2015): *Bainian daji jiaoyu weiben. San quan Yuan Guiren buzhang* (Bildung als Basis: Ein Jahrhundertprojekt – drei Ratschläge an Erziehungsminister Yuan Guiren), 31. Januar, <http://www.aiweibang.com/yuedu/13028667.html> (Aufruf 2015-03-17)
- Human Rights in China (2014): *New Citizens Movement Briefing Note*, http://www.hrichina.org/sites/default/files/new_citizens_movement_briefing_note_2014.pdf (Aufruf: 2015-02-24)
- Neue Bürgerbewegung (2014): *2014 niandu gongyi yaoqinghan* (Einladung zu bürgerlichem Engagement 2014), <http://xgmyd.com/%E7%95%99%E8%A8%80%E6%9D%BF> (Aufruf: 2015-02-17)
- Strittmatter, Kai (2015): „Marx mal wieder“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 09. Februar
- Teng Biao (2010): *Nuli zouxiang gongmin shehui. Di 32 ji Teng Biao* (Engagiert auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. 32. Folge Teng Biao), 04. November, <https://www.youtube.com/watch?v=P9XFvKi8eGY&list=PL0BCCF0F944261BDE&index=34> (Aufruf: 2015-04-07)
- Xi Jinping (2013): *Gongchandang yao rongdexia jianrui piping* (The Communist Party has to tolerate sharp criticism), in: *Xinhua*, 08. Februar, http://news.xinhuanet.com/mrdx/2013-02/08/c_132159930.htm (Aufruf: 2015-04-10)
- Xu Zhiyong (2010): *Nuli zouxiang gongmin shehui. Di 2 ji Xu Zhiyong* (Engagiert auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. 2. Folge Xu Zhiyong), 07. Juni, <https://www.youtube.com/watch?v=jdGqG8l-TcA&list=PLD5E370703614EB17&index=2> (Aufruf: 2015-04-07)
- (2012): „Zhongguo xin gongmin yundong“ („China's New Citizens' Movement“), *Zhongguo renquan shuangzhoukan* (Human Rights in China Biweekly) 79, 31. Mai, <http://biweekly.hrichina.org/article/1575> (Aufruf: 2015-02-16)
- Xu Zhiyong; Teng Biao; Wang Gongquan; Li Xiongbing; Li Fangping; Xu Youyu; Zhang Shihe (2010): *Xu Zhiyong Teng Biao deng ren faqi 《Gongmin Chengnuo》 qianshu* (Xu Zhiyong, Teng Biao und andere initiieren Unterschrift des „Bürgereides“), 19. Juni, <http://boxun.com/news/gb/china/2010/06/201006191908.shtml> (Aufruf: 2015-02-23)
- Yu, Verna (2012): „Democracy Activist Xu Zhiyong Defiant Despite Pressure“, *South China Morning Post*, 01. Dezember, <http://www.scmp.com/news/china/article/1094801/democracy-activist-xu-zhiyong-defiant-despite-pressure> (Aufruf: 2015-03-19)
- Yuan Guiren (2015): „Gaoxiao jiaoshi bixu shouhao zhengzhi, falü, daode santiao dixian“ („Universitätsdozenten müssen die drei grundlegenden Elemente Politik, Recht und Moral bewahren“), in: *Xinhua*, 29. Januar, http://news.xinhuanet.com/edu/2015-01/29/c_1114183715.htm (Aufruf: 2015-04-17)
- Zhang Qingfang et al. (2014): *Qing shouzhuzhi fazhi de dixian — jiu xin gongmin an zhi shier jie Quanguo Renda quanti daibiao de gongkaixin* (Schützt die Basis des Rechtsstaates – Ein offener Brief zu den Fällen des New Citizens' Movement an die Delegierten des 12. Nationalen Volkskongresses), 03. März, <http://boxun.com/news/gb/china/2014/03/201403031300.shtml#VORNgS4vn7s> (Aufruf: 2015-02-18)